

- allgemeine sozialpolitik
- alterssicherung/betriebliche altersvorsorge
- altersteilzeit/teilzeit
- arbeitsmarktpolitik
- arbeits- und gesundheitsschutzpolitik
- behindertenpolitik
- gesundheitspolitik
- soziale selbstverwaltung/sozialwahlen

## Nr. 103

1. Dezember 2010

### Kurzfristige Abwälzung von Krisen-Lasten auf die Menschen in „Hartz IV“: Es wird eng für aktive Arbeitsmarktpolitik

Unbeeindruckt von Protesten hat die schwarz-gelbe Koalition am 23.11.2010 im Bundestag den sinnlosen Kahlschlag in den Jobcentern abgesegnet (dazu auch: *sopoaktuell* Nr. 99). Nach der Rechtskreistrennung SGB II/SGB III und einer verfehlten Jobcenter-Reform bleiben hunderte-tausende Leistungsberechtigte in „Hartz IV“ nun endgültig auf der Strecke. Ab Januar 2011 wird die Kürzung der Eingliederungsleistungen zu einem Anstieg der Arbeitslosigkeit im Bereich der Grundsicherung führen, auf die der größte Teil der Erwerbslosen angewiesen sind.

Die Bundesregierung rechtfertigt die Kürzungen mit dem Rückgang der offiziell registrierten Arbeitslosen unter drei Millionen. Damit wird vertuscht, dass Langzeitarbeitslosigkeit und Unterbeschäftigung weiterhin ein dramatisches Ausmaß haben. 33,5 Prozent der erfassten Erwerbslosen gelten als Langzeitarbeitslose. Die Zahl derjenigen, die zwischen 12 und 24 Monate arbeitslos sind, hat sich im Vergleich zum Vorjahr sogar um rund 38.000 Menschen erhöht. Die Perspektiven eines Wechsels von der Langzeitarbeitslosigkeit in reguläre Beschäftigung auf dem ersten Arbeitsmarkt haben sich in den vergangenen Jahren nicht verbessert.

#### Es gibt keinen Grund zum Jubeln, sondern gute Gründe für verstärkte Anstrengungen zur Verbesserung der Chancen Benachteiligter am Arbeitsmarkt!

Auch wenn das ganze Ausmaß der Etat Kürzungen noch nicht überall sichtbar ist, schlugen die **ver.di-Mitglieder in den Beiräten der Jobcenter** anlässlich ihrer **Tagung am 29. November 2010** Alarm:

In einigen Jobcentern wurde die Förderung sozialversicherungspflichtiger Beschäftigung bereits heruntergefahren. Beschäftigungsgesellschaften stehen vor dem Aus. Die Mittel für Fortbildung und berufliche Weiter-

Vereinte  
Dienstleistungsgewerkschaft

Bundesverwaltung

Paula-Thiede-Ufer 10  
10179 Berlin

Ressort 10

verantwortlich:  
Elke Hannack  
Mitglied des Bundesvorstandes

Bereich Sozialpolitik

Evelyn Räder  
Referat Arbeitsmarktpolitik

Telefon: 030/ 6956 - 2147  
Telefax: 030/ 6956 - 3553  
Evelyn.Raeder@verdi.de

[www.sopo.verdi.de](http://www.sopo.verdi.de)



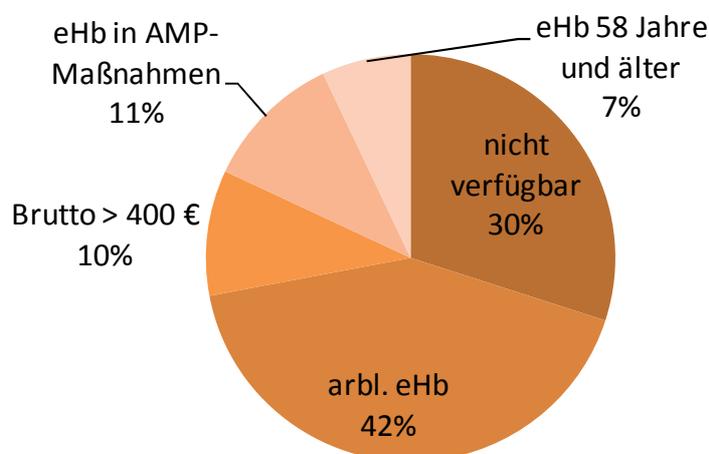
bildung (FbW) werden drastisch eingeschränkt. So wird aus einem Jobcenter berichtet, dass die 1.120 Eintritte in FbW im Jahre 2010 auf 500 Eintritte in 2011 reduziert werden. Mehr ist nicht mehr finanzierbar. Betroffene berichten, dass Jobcenter bereits im laufenden Jahr vielfach die Finanzierung von bisher geförderten Qualifizierungen abgelehnt haben, um nicht über 2010 hinaus finanziell gebunden zu sein. Allein die Ankündigung der Sparmaßnahmen hat zu einer deutlichen Drosselung der Ausgaben geführt. Einerseits wird einhellig beklagt, dass das Risiko, arbeitslos zu werden und zu bleiben, für gering Qualifizierte besonders hoch ist. Andererseits wird die Verantwortung für Bildung und Ausbildung hin- und hergeschoben, statt konsequent zu handeln.

**Wir brauchen arbeitsmarktpolitische Konzepte mit dem Schwerpunkt auf gering Qualifizierte, Jugendliche und Menschen mit Migrationshintergrund statt Kahlschlag in der aktiven Arbeitsförderung!**

In der Arbeitsmarktpolitik darf es gerade jetzt nicht um eine Kürzung, sondern allenfalls um eine intelligente Umschichtung der Mittel zugunsten einer nachhaltigen Ausbildungs- und Qualifizierungsförderung gehen. „Bildung ist der beste Schutz vor Arbeitslosigkeit“ – unter dieser Maxime stand das Arbeitsförderungsgesetz (AFG) von 1969. Doch in den vergangenen Jahren wurden die Schwerpunkte der aktiven Arbeitsmarktpolitik in eine ganz andere Richtung verlagert. Statt, wie ursprünglich beabsichtigt, die Qualifikation von Arbeitslosen zu schützen und zu verbessern, ist die Arbeitsförderung auf die Annahme jedweder Arbeit ausgerichtet. Damit bleibt aktive Arbeitsmarktpolitik in Deutschland auch im internationalen Vergleich deutlich unter ihren Möglichkeiten. Hier wären die erwarteten Steuermehreinnahmen gut angelegt. Was nützen gut gemeinte Förderinstrumente, wenn das Geld für ihre Umsetzung fehlt? Unter diesen Vorzeichen lässt die für 2012 angekündigte erneute Reform der arbeitsmarktpolitischen Instrumente nichts Gutes erahnen.

**Den Jobcentern die Mittel zu entziehen und gerade den Menschen in der Grundsicherung den Weg zur Qualifizierung zu versperren: Das ist sozialer Kahlschlag und Zerstörung von Lebensperspektiven – gerecht geht anders!**

Von den rund 4,96 Mio. sogenannten erwerbsfähigen Hilfebedürftigen (eHb) waren nach BA-Statistik im Juni 2010<sup>1</sup>:



<sup>1</sup> nicht verfügbar = z. B. wegen Erziehung von Kindern unter drei Jahren, Pflege von Angehörigen, Krankheit, Schüler/in; rund 1,45 Mio. Leistungsbezieher/innen in der Grundsicherung erzielten Einkommen aus Erwerbstätigkeit, darunter 333.700 Menschen aus einer Vollzeitbeschäftigung (März 2010)